

# Abkommen zur Einführung eines Deutsch-Keosunischen Waffenkontrollgesetzes

Kaiser Friedrich IV. von Preußen

08. Juli 1920



**Zwischen den Parteien**

Das **Deutsche Kaiserreich**  
auch im Folgenden bezeichnet als **“Deutsches Reich”**  
**Keosu Teikoku**

Gemeinsam im Folgenden **“Die Parteien”, “Die Vertragsparteien”**

**Vertragssignatur:**  
DE-75EEA8076F9625515F5F7449A4C41895

## Contents

<b>Vertragliche Definitionen</b>	<b>4</b>
§1 Vertragliche Gültigkeit . . . . .	4
§2 Rechtmäßiger Nachfolger . . . . .	4
§3 Vertragliche Verpflichtungen der Parteien . . . . .	4
<b>Waffenkontrollgesetze</b>	<b>4</b>
§4 Monopole . . . . .	4
§5 Verkaufszwang . . . . .	5
§6 Illegaler Waffenbesitz . . . . .	5

## **Vertragliche Definitionen**

### **§1 Vertragliche Gültigkeit**

- (1) Der nachfolgende Vertrag ist gültig, bis von allen Vertragsparteien ein Abkommen zur Aufhebung des Abkommens aufgesetzt und unterschrieben wird.
- (2) Dieser Vertrag ordnet sich den nationalen Verfassungen und Rechtsprechungen unter.
- (3) Entscheidungen im Zuge dieses Abkommens müssen von der Mehrheit der Vertragsmitglieder bewilligt werden.
- (4) Die vertragliche Anerkennung durch autonome Staaten erfolgt nur durch Unterschrift durch die, ihnen übergeordnete souveräne Vertragsnation.
- (5) Die Bezeichnung der Staaten entspricht deren Namen zum Zeitpunkt der erstmaligen Unterzeichnung.
- (6) Nur rechtmäßige Nachfolger der Staaten haben das Recht, die Mitgliedschaft ihres Vorgängers im Vertrag fortzuführen, ohne zu unterzeichnen.
- (7) Dies bedeutet jedoch auch die damit einhergehende vollständige Anerkennung des gesamten Inhalts.

### **§2 Rechtmäßiger Nachfolger**

Rechtmäßiger Nachfolger ist, wer durch die Mitglieder des Kaiserpakts als dieser anerkannt wird.

### **§3 Vertragliche Verpflichtungen der Parteien**

Die Parteien verpflichten sich dazu, die Vertragsbestimmungen in ihre Verfassungen oder anderweitig vollständig gültige Gesetzestexte ihrer Nation sinngemäß zu übernehmen.

## **Waffenkontrollgesetze**

### **§4 Monopole**

- (1) Die Vertragsparteien sichern sich zu, dass
  1. jegliche Schusswaffen aus dem Deutschen Reich importiert werden müssen
  2. jegliche magische Waffen aus Keosu Teikoku importiert werden müssen
- (2) Es ist den Staatsbürgern der Parteien nicht erlaubt, über andere Mittel an diese zu gelangen.
- (3) Anderweitig erlangte Waffen, sowie der Handel mit derartigen Waffen erfordern die Genehmigung der Partei, die für diese zuständig ist.

## §5 Verkaufszwang

- (1) Die Parteien müssen auf Nachfrage hin Waffen an die andere Partei ausliefern.
- (2) <sup>1</sup>Dies verfällt, sofern die fragliche Partei unter Aufführung nachvollziehbarer und verständlicher Gründe die Auslieferung verweigert. <sup>2</sup>Dies rechtfertigt eine Rückerstattung des gezahlten Geldes.

## §6 Illegaler Waffenbesitz

- (1) Besteht der Verdacht auf illegalen Waffenbesitz durch einen der Staatsbürger der Parteien, so rechtfertigt dies einen sofortigen Eingriff durch die, für diese Waffen zuständige Partei.
- (2) Dieser Eingriff muss unter Inkenntnissetzung, nicht jedoch Zustimmung der anderen Partei geschehen.
- (3) Während dieses Einsatzes dürfen die Einsatzkräfte Personen, die den Eingriff behindern, erschießen.
- (4) Weiterhin darf der Schießbefehl bei Ausrüstung einer Waffe durch eine Person, die nicht zu den Einsatzkräften gehört, erteilt werden.
- (5) Die Einsatzkräfte dürfen jegliche, notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die illegalen Waffen sicherzustellen.
- (6) Personen, die sich des illegalen Waffenbesitzes schuldig gemacht haben, erhalten die Todesstrafe und müssen ein zusätzliches Bußgeld erstatten.
- (7) Für jegliche Ausschreitungen während des Einsatzes können die Einsatzkräfte nur belangt werden, falls diese eindeutig vermeidbar waren und die Einsatzkräfte sich der Vermeidbarkeit nachweislich bewusst waren.
- (8) Einsätze müssen mit Bild und Ton aufgezeichnet werden.
- (9) Die Vernichtung der Einsatzaufnahmen ohne Genehmigung der anderen Partei, oder dessen Fehlen stellt einen Vertragsbruch dar.